

... SONDERAUSGABE ... SONDERAUSGABE ... SONDERAUSGABE ...

allen Bundesländern außer Bayern und Baden-Württemberg hat, haben wir nicht: Wir dürfen nicht selber entscheiden, wofür wir unser Geld ausgeben wollen, sondern müssen es für jede Ausgabe beantragen. Von den Millionenbeträgen, die regulären ASten pro Semester zur Verfügung stehen, können wir nur träumen. Aber selbst im Rahmen der bescheidenen Möglichkeiten, die das Landeshochschulgesetz in Baden-Württemberg läßt, rangiert der Heidelberger Kasträ in seiner Finanzausstattung an letzter Stelle: Umgerechnet auf die Zahl der Studierenden stehen ihm zur Zeit rund zwei DM pro Studierende und Jahr zur Verfügung - an anderen Unis in Baden-Württemberg ist es ein Vielfaches. Für 1990 ist unser Etat zwar zum ersten Mal seit Jahren erhöht worden (um umgerechnet zehn Pfennig pro Studi) - diese Erhöhung gleicht aber weder die Inflation noch die Zunahme an Studierenden in den letzten Jahren aus: 1984 z.B. waren es - inflationsbereinigt - noch 3,13 DM pro StudentIn!

Auf all diese seit Jahren bestehenden Mißstände setzte die Universitätsverwaltung dieses Jahr noch einen drauf: Wir dürfen über den Etat nur noch "geviertelt" verfügen - d.h., jedes Quartal nur ein Viertel des Etats ausgeben. Für Großprojekte müssen extra Anträge gestellt werden. Dies ist

eine weitere Einschränkung unserer Arbeitsmöglichkeiten und verschärft die Finanzaufsicht durch die Universität willkürlich und unnötig! Entsprechend wenig überzeugend sind die Argumente, die die Verwaltung für diese Maßnahme anführt: Sie müsse doch dafür sorgen, daß wir nicht schon nach der Hälfte des Jahres unser ganzes Geld ausgegeben hätten! Die Vertretung der Studierenden an der Universität wird damit vollends zur Taschengeldempfängerin. Statt deutlich zu machen, daß die finanzielle Ausstattung bei weitem nicht ausreicht, wird versucht, einen Mißstand festzuschreiben, statt uns wenigstens so viele Freiheiten zu geben, wie der Gesetzgeber sie uns einräumt, schränkt die Universitätsverwaltung sie selbstherrlich ein.

Auf die Spitze getrieben wurden schließlich die Behinderungen und Eingriffe in die Arbeit des Kasträ durch die Reaktion der Universitätsverwaltung auf eine Veranstaltung von AKUT zum Thema "Kommunales Ausländerwahlrecht", die am 24.1. im Hörsaal 4a stattfinden sollte: Die Genehmigung des Raumes wurde dem Kasträ mit der Begründung verweigert, die Veranstaltung hätte "öffentlichen politischen Charakter". Das ist politische Zensur! Mit diesem schwammigen Argument kann die Verwaltung jede ihr nicht genehme Veran-

staltung ablehnen. Diese Handlungsweise ist ein Rückfall hinter Positionen, die längst als allgemeiner Konsens anerkannt waren.

Dies alles sind in unseren Augen Symptome für eine immer weiter zunehmende systematische Gängelung der studentischen Vertretung durch die Verwaltung und das Rektorat, von der Behinderung der täglichen Arbeit bis hin zur politischen Zensur. Offensichtlich hat die Verwaltung aus den Auseinandersetzungen im letzten Wintersemester nichts gelernt. Positionen, die im Laufe des Streiks erreicht und anerkannt wurden, werden nun von der Verwaltung ohne äußeren Druck langsam und im stillen, aber stetig wieder abgegraben. Damit liegt die Verwaltung voll auf der Linie der Politik der Landesregierung, die mit ihrer neuen Fassung des Landeshochschulgesetzes demokratische Strukturen an der Hochschule weiterhin zu verhindern sucht: Statt uns die wenigen Möglichkeiten zu geben, die uns die Gesetze lassen, versucht sie, unsere Arbeit so weit wie möglich einzuschränken.

Wir fordern Sie auf, diese Mißstände zu beseitigen und erwarten eine schriftliche Stellungnahme bis zum 1.3.1990

Die Fachschaftskonferenz der Universität Heidelberg

Klar ist: Diese immer weitergehende Gängelung durch die Verwaltung kann von uns nicht hingenommen werden! Wer meint, nach und nach zu einer ihm genehmen Tagesordnung übergehen zu können, hat sich getäuscht: Wir stehen weiterhin zu unseren in keinem Punkt auch nur annähernd erfüllten Forderungen

- Quotierung
- Verbesserung der sozialen Lage der Studierenden
- Mehr Geld für Forschung und Lehre
- Demokratisierung der Hochschule (Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft mit Finanzhoheit und politischem Mandat, paritätische Besetzung der Gremien)



Unimut

SONDERAUSGABE

ZEITUNG DER
12.2.1990

UNI HEIDELBERG
AUFLAGE: 2500 NR.17

Offener Brief der Fachschafts- konferenz an den Rektor der Universität Heidelberg, Prof. Dr. Volker Sellin

Das Semester neigt sich dem Ende entgegen - das erste Semester, in dem der Kastrabüro von der FSK-Liste - Liste der Fachschaften besetzt wurde. Nach den unvermeidbaren Anfangsschwierigkeiten hat sich unterdessen vieles eingependelt, die Arbeit läuft effektiver ab. Nur die Zusammenarbeit mit der Verwaltung der Universität erscheint in letzter Zeit unter einem etwas

anderem Licht: Was zuerst ebenfalls Anfangsschwierigkeit zu sein schien, entpuppt sich in letzter Zeit mehr und mehr als bewußte Behinderung der Arbeit des Kastrabüros! Daher hat die FSK einen offenen Brief an den Rektor der Universität verfaßt, in dem sie gegen die Praxis der Verwaltung protestiert und der heute vormittag dem Rektor überreicht wurde:

Sehr geehrter Herr Sellin!

Infolge des Wahlergebnisses vom Sommer 1989 wird das Kastrabüro seit Oktober von Mitgliedern der Fachschaftskonferenz besetzt. Die Zusammenarbeit mit der Verwaltung und dem Rektorat schien anfangs keine größeren Probleme zu bereiten; das, was uns jedoch zuerst Hoffnung machte, entpuppte sich in letzter Zeit als Auswuchs einer Hinhaltenaktik, die mehr und mehr unsere Arbeit behindert und seit neuestem bis hin zu aktiver politischer Zensur geht. Daher wenden wir uns in diesem offenen Brief an Sie, um unserer Enttäuschung und Verärgerung über die Verhaltensweise der Verwaltung uns gegenüber Ausdruck zu verleihen und dagegen zu protestieren.

Zur Veranschaulichung der Verschleppungstaktik der Verwaltung hier zwei Beispiele:

Im Sommersemester kam, noch unter der letzten Kastrabesetzung, der Kopierstecker des Kastrabüros abhandeln (er ist notwendig, um mit den Kopierern der Universitätsverwaltung in der Seminarstraße kopieren zu können). Nachdem klar war, daß der Kopierstecker nicht

wieder auftauchen würde, stellten wir am 27.10.1989 einen Antrag auf Ersatz. Dieser Antrag ging in der Verwaltung angeblich verloren, ebenso ein zweiter. Mündliche Zusagen, wir bekämen in den nächsten zwei, drei Wochen einen neuen Stecker, wurden mehrfach nicht eingehalten. Unterdessen werden wir mit dem "Argument" vertröstet, die Uni bekäme demnächst neue Kopierer und damit auch neue Kopierstecker. Warum wir nicht noch für die alten Kopierer einen Stecker bekommen können, wird dadurch nicht klar. So sind wir seit Beginn unserer Arbeit (und immer noch) darauf angewiesen, zufällig jemanden in der Verwaltung anzutreffen, der uns seinen Kopierstecker leiht, wenn wir etwas kopieren wollen.

Das zweite, noch absurdere Beispiel für die Verschleppungstaktik der Verwaltung ist der "Kampf" um eine neue Schließanlage für die Räume des Kastrabüros: Schlüssel der alten Schließanlage gingen in den letzten Semestern mehrfach verloren, auch existieren wohl Nachschlüssel. Ergebnis: Immer wieder Einbrüche. Daher wurde schon am 2.8. ein Antrag auf eine neue Schließanlage (das heißt im

Klartext: Ein paar neue Schlösser) gestellt. Auch hier gab es mehrfach mündliche Zusagen, der Einbau erfolge in den nächsten zwei, drei Wochen, was sich jedoch immer als falsch herausstellte. Schließlich bekamen wir mitgeteilt, unser Antrag enthielte einen Formfehler. So stellten wir am 16.11. einen neuen. Obwohl die Verwaltung uns immer wieder versicherte, sie sähe ein, daß wir eine neue Schließanlage bräuchten, tat sich nichts - plötzlich sollte es Monate dauern, bis die Uni neue Schlösser organisieren könne. Hingezogen hat sich das bis letzten Dienstag - sechs Monate brauchte die Universität, um provisorisch ein neues Schloß einzubauen.

Sind dies nur Beispiele für ein unnötiges, kräftezehrendes Hin und Her, das die tägliche Arbeit aber schon empfindlich behindert, zeigt sich an der Verfahrensweise, die die Verwaltung bei der Behandlung unseres neuen Etats an den Tag legte, daß die Grundlagen unserer Arbeitsfähigkeit immer weiter ausgehöhlt werden sollen. Unser "Etat" ist ein Posten aus dem Universitätshaushalt, aus dem wir Geld beantragen können. Eine Finanzhoheit, wie der AstA sie in